



## ***Bensberger Gespräche*** ***28.-30. Januar 2008 in Bensberg***

Tagungsdokumentation  
Dokumentation: Dr. Kai Dreisbach

Montag, 28. Januar

### **Inputs "Brücke zwischen China und Europa"** **Podiumsdiskussion mit den Referierenden des Tages** *Moderation: Ute Welty, SWR, ARD-Hauptstadtstudio, Berlin*

Zum Abschluss des ersten Veranstaltungstages stellten sich Jens Beiküfner, Andrea Schmitz und Daria Bryantseva den Fragen der Moderatorin und des Plenums. Ute Welty wollte zunächst wissen, ob eine Verdoppelung der EU-Hilfe an Zentralasien im Umkehrschluss auch eine entsprechende Verbesserung der Menschenrechtssituation bewirken könne. Jens Beiküfner erwiderte diplomatisch, die EU versuche, ihre Instrumente zu fokussieren. Nur wenn ein besonderes Interesse auf beiden Seiten existiere, würden die Mittel eingesetzt. Ein Beispiel hierfür sei das Grenzmanagement – die Grenzen in Zentralasien sollten einerseits besser kontrolliert werden, um den Drogenhandel zu unterbinden, andererseits aber für den Handel durchlässiger werden.

Die nächste Frage der Moderatorin zielte erneut auf die Menschenrechte – unter Hinweis auf Usbekistan fragte Welty, ob die Referierenden die Gesamtsituation in Zentralasien mit leichtem Optimismus oder doch eher mit großer Skepsis betrachteten und inwieweit Europa dort Einfluss nehmen könne. Die EU, so die Antwort von Andrea Schmitz, hat einer reinen Machtpolitik wenig entgegenzusetzen. Ihrer Meinung nach müsse mehr Druck auf die zentralasiatischen Regime ausgeübt werden. Sie habe, fuhr Schmitz fort, zwar nichts gegen einen Dialog, nur solle sich niemand zu viel von diesem versprechen. Grundlegende Reformen in Zentralasien seien nur dann realisierbar, wenn der politische Wille bei beiden Partnern vorhanden sei – und dies sei zur Zeit nur sehr eingeschränkt der Fall. Beiküfner erwiderte, die Menschenrechtsdiskussion müsse institutionalisiert werden. An Schmitz gewandt, erklärte er, man könne auch optimistisch an diese Frage herangehen. Seit den 1990er Jahren habe sich sehr viel getan. Dies gelte vor allem im Bereich des Wirtschaftsrechts. Es sei ein Fehler, wenn die europäische Seite immer Maximalforderungen stelle. Vielmehr müsse dann gehandelt werden, wenn gemeinsame Interessen bestünden.

Auf die Frage, ob Dialog- und Konfliktkulturen nicht miteinander inkompatibel seien, antwortete Daria Bryantseva, sie versuche, als Journalistin objektiv zu sein und müsse daher eindeutig feststellen, dass die Existenz verschiedener Dialogkulturen nun einmal eine Tatsache sei. Demokratieförderung sei eine feine Sache, freie Wahlen ebenfalls – aber man könne nicht die Augen davor verschließen, dass in Zentralasien keine Kräfte an der Macht seien, die wir uns wünschten und die Sympathien für entsprechende Forderungen hegten. Jens Beiküfner ergänzte, in einigen Ländern gebe es Opposition, in einigen nicht. Und selbst wenn eine Opposition existiere, so gelange sie doch nicht in die Parlamente, da die Wahlen manipuliert würden.

Können die Staaten Zentralasiens als zuverlässige Partner betrachtet werden? Diese Frage, so Andrea Schmitz, müsse verneint werden. Aber auch in der Politik des Westens gegenüber Zentralasien gebe es viele Widersprüche. So propagierten westliche Politiker einerseits die Notwendigkeit von Reformen, andererseits täten sie so, als ob hier Partner auf gleicher Augenhöhe miteinander diskutierten. Daria Bryantseva ergänzte zustimmend, dass die fehlende Kohärenz der westlichen Politik auch von der Bevölkerung der zentralasiatischen Staaten registriert werde. Jens Beiküfner betonte, die zentralen Ziele der EU-Zentralasienpolitik bestünden in der Förderung von Sicherheit und Stabilität. In diesem Kontext vertrat Andrea Schmitz die Auffassung, die EU solle sich energiepolitisch auf Russland verlassen. Denn in Zentralasien habe sie nichts auszurichten, zumal sie verkenne, welch hochpotenter Akteur mit China ins Spiel gekommen sei.

Auf die Frage, wozu die EU in Zentralasien überhaupt gebraucht werde, erklärte Jens Beiküfner, sie diene hier als Vorbild. Die EU habe viel Erfahrung, sei die größte Handelsmacht der Erde und trete in Zentralasien als wichtiger Investor auf. Daria Bryantseva betonte, es gebe in Zentralasien traditionell-historische Vorbehalte gegenüber China und Russland. Dies gelte für Europa nicht. Die EU glänze mit "femininen Qualitäten" und sei ein Beispiel für den Erfolg von *soft power*, hob Andrea Schmitz hervor. Sie sei ein Symbol für Schwächen, die an sich sehr geschätzt würden. Es stelle sich allerdings die Frage, ob die EU diesen Vorteil nicht klüger nutzen könne.

Mit Blick auf die Notwendigkeit gegenseitiger Lernprozesse fragte Andrea Schmitz, worin denn im Fall Europas und Zentralasiens eigentlich gegenseitiges Lernen bestehe. Jens Beiküfner erwiderte, Europa müsse akzeptieren, dass eine zentralasiatische Identität existiere, auch wenn dies nicht eine Identität sei, wie die Europäer sie sich wünschten. Als Vorbild für regionale Kooperation in Zentralasien sei die EU nicht geeignet. Aber in einigen Bereichen lernten die Staaten Zentralasiens von der EU, wie sich am Beispiel Kasachstans und der Modifikation der dortigen Zollvorschriften zeige. Auf der anderen Seite, so Beiküfner abschließend, könne die EU sich beispielsweise die Form des interreligiösen Dialogs in Kasachstan zum Vorbild nehmen.